

«Wenn man nicht transparent sein will, hat man etwas zu verbergen.»

Natalie Rickli, SVP-Nationalrätin, ist davon überzeugt, dass Dienste wie Facebook Politik für einen breiteren Kreis zugänglich macht. Im Interview plädiert sie für eine Ausweitung der Transparenz im politischen Umgang, berichtet von eigenen Erfahrungen mit nicht autorisierten Twitter-Beiträgen und spricht über den Spagat zwischen Freiheit und Sicherheit.

Natalie Rickli, Nationalrätin
Interview: Ronny Bernold

Wie wichtig ist die Transparenz der Parlamentsgeschäfte für das Vertrauen der Bevölkerung?

Transparenz ist für mich das A und O, Intransparenz verunsichert die Leute. Wir sehen das momentan bei der Diskussion um Wikileaks. Bürgerinnen und Bürger interessiert, was die Diplomaten auf dem politischen Parkett sagen und wie Politiker handeln. Es werden jetzt Sachen publik, von denen uns die Politik und die Medien jahrelang etwas ganz Anderes erzählt haben. Gegenüber der Politik hat die Bevölkerung ein gesundes Misstrauen, und das ist auch gut so. Ich bin Befürworterin der Forderung, die Protokolle der Kommissionssitzungen offenzulegen und im Ständerat publik zu machen, wer wie abstimmt. Das ist Transparenz, die man den Bürgerinnen und Bürgern geben sollte.

Sie haben mir mit Wikileaks ein Stichwort geliefert. Kann zu viel Transparenz auch kontraproduktiv sein?

Eigentlich nicht. Ich habe das Gefühl, wenn man nicht transparent sein will, hat man etwas zu verbergen. Natürlich gibt es im politischen Umfeld sensible Daten, die weiterhin geheim bleiben müssen. Dabei geht es vor allem um die Staatssicherheit. Bei heiklen Angelegenheiten kann man die Protokolle auch später veröffentlichen. Das würde die Wählerin und den Wähler sicher interessieren und das Vertrauen in die Politik stärken.

«Diese Volksnähe ist ein wichtiger Pfeiler des Vertrauens in die Politik und hat ihre Tradition in unserem Milizsystem.»

Parlamentarier und Bundesräte haben im Vergleich zu Regierungspersonen anderer Länder mehr Kontakt zur Bevölkerung. Welche Rolle spielt diese reale Volksnähe für die (politische) Vertrauensbasis?

Diese Volksnähe ist ein wichtiger Pfeiler des Vertrauens in die Politik und hat ihre Tradition in unserem Milizsystem. Ohne diese Nähe sind die Bürgerinnen und Bürger schnell verärgert und denken: «Die machen in Bern ja sowieso, was sie wollen.» Dieser Vorwurf kommt insbesondere dann, wenn intransparent gearbeitet wird und Dinge vertuscht werden.

Nicht selten hört man in der Schweiz die Selbstkritik, wir hätten keine oder zu wenig Streitkultur. Im Internet wird oft härter und direkter gestritten – kann das als Chance für die Schweiz betrachtet werden?

Wir haben eine gute Streitkultur. Es ist eine Chance, dass wir Differenzen haben dürfen. In unserem Land herrscht Meinungsäusserungsfreiheit, jeder kann sagen, was er denkt. Das kennen nicht alle Länder. Am Schluss gibt das einen gesunden Austausch, der dazu führt, dass das Volk mitdiskutiert, bevor es zu einer Entscheidung kommt. Mit dem Internet erhalten wir ganz neue Möglichkeiten. Ich nenne sie mal Demokratie 3.0. Diese neue Ausprägung der Demokratie ist gerade auch für die Jungen eine Chance. Nehmen wir zum Beispiel Facebook, da können interessierte Personen mitdiskutieren, eine Gruppe für oder gegen etwas gründen, kommentieren und vieles mehr. Das ist eine Möglichkeit des Dialogs, die es früher nicht gab. Deine Meinung ist heute gefragt. Früher war die Kommunikation immer «one-way», Social Media sind eine grosse Chance für die Demokratie.

Es gibt Politikerinnen und Politiker, die nach eigenen Angaben ihre Wahl sozialen Medien zuschreiben. Sollten nicht alle Politiker sich auf den einschlägigen Websites betätigen?

Das muss jeder Politiker und jede Politikerin für sich selbst entscheiden. Das ist sicher auch eine Generationenfrage. Ich war ziemlich von Anfang an dabei. Damals wa-

ren es vorwiegend jüngere Politikerinnen und Politiker und hauptsächlich jüngere Userinnen und User, die präsent waren. Heute stossen immer mehr ältere Personen zur Community. Wenn du deine Pinnwand geöffnet hast, ist das ein super Kommunikationskanal, der aber viel Pflege braucht. Ein Facebook-Profil mit der ganzen Kommunikation erfordert viel Arbeit. Dies hat mich dazu bewogen, mich im Moment nur auf Facebook zu konzentrieren und andere Kanäle wie Twitter nicht zu nutzen.

«Wir haben eine gute Streitkultur. Es ist eine Chance, dass wir Differenzen haben dürfen.»

Von einigen Bundesräten und Parlamentariern gibt es Facebook-Auftritte, wobei nie ganz klar ist, wie authentisch und offiziell diese sind. Wie soll der Bürger mit dieser Art von Information umgehen?

Das ist schon ein Problem. Anfangs habe ich noch selbst kontrolliert, wer auf Facebook mein Freund werden will. Jetzt habe ich über 3400 Freunde, diese Menge ist gar nicht mehr zu kontrollieren. Darunter sind neben Freunden auch politische Gegner, Fakes bis hin zu Leuten, die einem Böses wollen. Bei allen positiven Seiten des Internets gibt es, wie immer, auch negative Aspekte. Ich kenne das aus eigener Erfahrung. Da werden Fotos runtergeladen und auf unseriöse oder illegale Weise publiziert. Oder es gibt eine Person, die in meinem Namen twittert. Das kann man nicht so einfach abstellen. Dazu fehlt die (einfache) Handhabe, und Twitter hat bisher auf meine Anfragen nicht reagiert.

Braucht es im Internetbereich neue Regulierungen?

Ich bin weiterhin eine Gegnerin von vor-schnellen neuen Gesetzen. Eigentlich können wir froh sein, dass das Internet noch





nicht so weit reguliert ist. Der Staat soll erst dann eingreifen, wenn die Branche sich nicht selber reguliert. Über kurz oder lang müssen die Themen Datenschutz, Urheberrecht, Persönlichkeitsschutz politisch diskutiert werden. Es gibt dafür sicher kein Patentrezept. Wer sich im Inter-

net bewegt, macht immer den Spagat zwischen Freiheit und Sicherheit. Der Knackpunkt ist das Recht an persönlichen Daten. Kriminalität muss bekämpft werden, ohne dass dabei die Freiheit des Einzelnen eingeschränkt wird. Zudem hat das Internet nicht die gleichen Grenzen, die wir sonst kennen. Die Sitze von Twitter und Facebook sind nicht in der Schweiz. Diese Tatsache gilt es bei Regulierungen zu beachten, und dabei muss man grossräumiger denken. Ich bin sehr EU-skeptisch. Wir sollten dennoch genau hinschauen, was Brüssel macht. Aktuell wird die «Digitale Agenda für Europa» diskutiert. Die Agenda beinhaltet sinnvolle und weniger sinnvolle Gesetze. Da Thema wird bei uns im Jahr 2011 sehr aktuell.

«Anfangs habe ich noch selbst kontrolliert, wer auf Facebook mein Freund werden will.»

Finden Sie E-Government, E-Voting und E-Participation relevant? Und wenn ja, inwiefern?

Diese Dinge finde ich wichtig. Wir müssen aber nicht bei allen E-Themen an der Weltspitze sein. Die Jungen sind die E-Generation, sie wachsen damit auf. Das Internet

ist ein wesentlicher Kanal, sicher auch von Verwaltungsseite her. E-Voting beispielsweise müssen wir anbieten. Ich hätte in Winterthur elektronisch abstimmen können, aber ehrlich gesagt, ich habe nach einem Online-Versuch wieder brieflich abgestimmt, denn ich bin schneller, wenn ich die Unterlagen von Hand ausfülle. Die Systeme müssen da einfacher werden. Und bei allen Zukunftsgedanken darf man den Alltag der älteren Menschen ohne Computer nicht vergessen.

«Kriminalität muss bekämpft werden, ohne dass dabei die Freiheit des Einzelnen eingeschränkt wird.»

Sind Facebook und Twitter die richtigen Instrumente, um den Kontakt zwischen Staat und Souverän zu sichern? Wo ist der Einsatz solcher Dienste Ihrer Meinung nach am sinnvollsten und wieso?

Die Behörden müssen up to date sein und diese Instrumente sinnvoll anwenden. Nicht nur, was das Web 2.0 betrifft, sondern die ganzen Internetdienstleistungen. Ich gehe schon länger nicht mehr persönlich auf eine Verwaltung und finde das super. Aus meiner Sicht gäbe es ein erhebliches Sparpotenzial, das die Verwaltungen aktuell nicht ausschöpfen. Da kann man Personal abbauen und Geld einsparen. Die Vorteile von Web-2.0-Technologien sehe ich vorwiegend im interaktiven Austausch. Wenn man ein Tool hat, mit dem die Bürgerinnen und Bürger ihre Anliegen deponieren können, begrüsse ich das. Aber man muss sich aus meiner Sicht zunächst die Frage stellen, was Staatsaufgabe ist und was nicht. Die Städte wollen alles realisieren, und das geht nicht. Das sehe ich als Gefahr. Aber es ist sicher gut, zu fragen, was die Bürgerinnen und Bürger wollen.

«[...]Das Internet [hat] nicht die gleichen Grenzen, die wir sonst kennen.»

Warum geben wir bei Diensten wie Facebook oder Google fast alle persönlichen Daten unbekümmert frei, haben aber ein Problem damit, den Staat unseren Fingerabdruck speichern zu lassen?

Das hängt mit einer natürlichen und gesunden Skepsis dem Staat gegenüber zusammen. Ich glaube, der Bürger muss selber entscheiden, wo und welche Daten er preisgibt. Niemand will staatlich überwacht werden. Viele Junge sind sich aber nicht bewusst, dass ihre Partyfotos auch für Arbeitgeber ersichtlich sind. Beim bio-



Natalie Rickli

Natalie Rickli ist seit dem 3. Dezember 2007 Nationalrätin. Vor ihrer Wahl war sie im Grossen Gemeinderat von Winterthur und anschliessend im Zürcher Kantonsrat. Ihr Interesse für die Politik entwickelte sich während ihrer KV-Ausbildung. Natalie Rickli, Bürgerin von Madiswil BE, wurde am 19. November 1976 in Winterthur geboren. Aufgewachsen in Riet bei Neftenbach, wohnt sie heute in Winterthur und arbeitet bei der Goldbach Group in Küsnacht als Partner-Relation-Managerin. Bei der Aktion Medienfreiheit ist Natalie Rickli Vizepräsidentin.

metrischen Pass verstehe ich die Vorbehalte. Es geht doch den Staat nichts an, wohin ich reise. Man will die staatliche Überwachung nicht und auch nicht, dass der Staat durch die Haustüre hereinkommt.

«[...] bei allen Zukunftsgedanken darf man den Alltag der älteren Menschen ohne Computer nicht vergessen.»

Was sind aus Ihrer Sicht die wichtigsten Gründe für die Vertrauenswürdigkeit der Schweiz, und was muss man tun, um diese aufrechtzuhalten?

Die Bürgerinnen und Bürger haben wegen der direkten Demokratie ein stärkeres Vertrauen in unser Land und in unser politisches System. Das ist der grosse Vorteil gegenüber allen anderen Staaten. In der Schweiz kann das Volk mit der direkten Demokratie Fehlentwicklungen aus Bundesbern korrigieren. Das Vertrauen in unseren Staat oder in unser System ist stark. Das hat sicher auch damit zu tun, dass wir ein freiheitliches Land sind.

Bis jetzt haben wir uns auch durch unsere Bescheidenheit, durch unsere Zurückhaltung und unsere Neutralität ausgezeichnet. Diese Worte sind nicht einfach Floskeln. Staaten konnten in der Schweiz auf neutralem Terrain verhandeln, ohne dass wir uns in der Weltpolitik einmischen wollten. In den letzten Jahren hat es sich zum Schlechten entwickelt. Unsere Tugenden sind Bescheidenheit, Freiheit und Eigenverantwortung der Bürgerinnen und Bürger. Wir sollten uns auf diese Werte besinnen.

«Unsere Tugenden sind Bescheidenheit, Freiheit und Eigenverantwortung der Bürgerinnen und Bürger.»

Der Tradition der Interviews folgend, möchte ich auch Sie gerne zum Abschluss fragen: Wie wird die Schweizer Verwaltung und deren Interaktion in 30 Jahren aussehen?

Wir sind auf dem richtigen Weg, dürfen es aber nicht übertreiben. Die neuen Technologien müssen den Bürgerinnen und Bürgern einen Nutzen bringen und ihnen

das Leben mit den Behörden erleichtern, Dienste wie ein Abfallentsorgungsplan, elektronische An- und Abmeldung oder Einsicht in Steuerraten beispielsweise.

Die E-Government-Strategie des Bundes ist für mich etwas theoretisch und für den Bürger wenig greifbar. Es scheint mir gewisse Abstimmungsprobleme zu geben zwischen den E-Government-Verantwortlichen und dem Bundesamt für Informatik. E-Government und neue Technologien sind eine Chance, die viel zu grosse Verwaltung abzubauen. Die Gefahr ist, dass sich die Verwaltung selbst beschäftigt und beispielsweise 192-seitige Sprachleitfäden für geschlechtergerechte Sprache entwickelt. Das finde ich verrückt. Es ist wichtig, dass wir eine schlanke und übersichtliche Verwaltung haben. Hoffentlich bringt die Zukunft mehr Nähe zum Bürger. Ein erfolgreiches Beispiel aus der Privatwirtschaft ist für mich Migipedia der Migros. Da geht man auf die Bedürfnisse der Kundinnen und Kunden ein.

Frau Rickli, vielen Dank für das Gespräch.

